

II-3714 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1900/J

1991-11-12

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Srb und FreundInnen

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Einsparungen im Bereich der experimentellen Arbeitsmarktpolitik

"Mit anhaltendem Strukturierungsprozeß verschlechtern sich die Aktionsbedingungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Denn durch die zunehmende "Entmischung" unter den Arbeitslosen nimmt notwendigerweise der Aufwand pro erfolgreich abgeschlossenem Förderfall zu. Daher ist die Budgetplanung der Arbeitsmarktverwaltung gut beraten, eine fortgesetzte Aufstockung der Mittel für aktive Programme auch dann vorzusehen, wenn das Wirksamkeitsniveau bloß gehalten werden kann".

(aus der Studie: "Ungleiche Lasten: Die Struktur der Arbeitslosigkeit in Österreich", 1987, im Auftrag des BMAS)

"Ich bekenne mich auch heute als Sozial- und Arbeitsminister zu den Zielen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik und möchte daher - um diversen Gerüchten und Zeitungsmeldungen entgegenzutreten - klarstellen, daß ich nicht die Absicht habe, Einschränkungen und Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen."

(Sozialminister Hesoun in AB 1200 vom 26.7.1991)

Im Sommer des heurigen Jahres gab es, ähnlich wie 1987, einen Förderungsstop im Bereich der experimentellen Arbeitsmarktpolitik. Es hieß, der Budgetrahmen sei bereits überschritten worden und es könnten keine neuen Projekte und Kurse mehr finanziert werden. Im zweiten Halbjahr 1991 wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik passiv. Die Aktion 8000 wurde drastisch eingeschränkt. Mit dem Argument: "Wir haben kein Geld" wurden die Initiativen bei den Arbeitsämtern abgewiesen. Leidtragende sind vor allem jene, die Förderung am dringendsten notwendig hätten. In Wien z.B. wurden die Integrationsprogramme für ausländische Frauen und Kurse für arbeitslose Jugendliche ohne Schulabschluß drastisch eingeschränkt.

Auch wurden seither still und heimlich per Erlaß Beihilfen gekürzt oder gestrichen, wie z.B. die Beihilfe für Schulungsteilnehmer zur "Deckung des Lebensunterhaltes" (DLU), die Fahrtkostenbeihilfe sowie Beihilfen zur Kinderbetreuung. Auch diese Maßnahmen treffen die sozial schwächsten in unserer Gesellschaft.

Trotzdem sollen heuer wieder, genau wie 1987, Budgetmittel der experimentellen Arbeitsmarktpolitik übrigbleiben. Die Budgetmittel für 1992 sollen gekürzt werden.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten, an Sie, Herr Bundesminister, folgende

### A N F R A G E

- 1) Warum entfernen Sie sich von den Aussagen der oben angeführten sehr guten Studie, die ja ein Forschungsbericht Ihres Ministeriums ist?
- 2) Gibt es wissenschaftliche Unterlagen, die das Gegenteil beweisen?  
Wenn ja, können Sie diese bitte nennen?
- 3) Ist es richtig, daß 1991 das Budget für die experimentelle Arbeitsmarktpolitik nicht ausgeschöpft werden wird?  
Wieviel wird übrigbleiben?
- 4) Um wieviel werden die Mittel für die experimentelle Arbeitsmarktpolitik (derzeit 4,8 Mrd. Schilling) gekürzt werden?
- 5) Wie können Sie diese Kürzungen mit Ihrer sehr deutlichen Aussage in der AB 1200 vom 26.7.1991 in Einklang bringen?
- 6) Die Frage 12 unserer damaligen Anfrage: "Sind Sie bereit, diese beiden wichtigen Bereiche(experimentelle Arbeitsmarktpolitik mit Aktion 8000) der Arbeitsmarktförderung zumindest im bisherigen Umfang und Rahmen weiterzuführen?" beantworteten Sie mit "Ja".  
Wir tun uns schwer, diese Antwort rückblickend nicht als Beschwichtigungsversuch zu werten. Wie vertreten Sie jetzt Ihren Wortbruch?
- 7) Wie stehen Sie zu den sukzessive durchgeführten Einsparungen bei diversen Beihilfen? Finden Sie nicht auch, daß diese Politik zu Lasten der sozial Schwächsten geht?
- 7) Planen Sie, diese Einsparungsmaßnahmen wieder rückgängig zu machen?  
Wenn nein, warum nicht?